

Hamburger Utsichten

Info der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

**DKP**

Nr.2/2023

Heraus zum 1. Mai! Für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg!



Foto© shutterstock-FooTToo (2)

Die Arbeitskämpfe der letzten Wochen, die Tarifrunden bei der Post, im ÖD oder bei der Hamburger Hochbahn haben es gezeigt: es sind die lohnabhängig Beschäftigten, die den Laden am Laufen halten. In Zeiten von Corona und Homeoffice haben sich die Unternehmen die organisatorische Schwäche der Gewerkschaften zu Nutze gemacht und zahlreiche Verschlechterungen durchgesetzt. Der Reallohn ist in den meisten Branchen gesunken, es wird am Arbeitsschutz gespart, Arbeitszeiten wurden völlig entgrenzt und die Arbeit massiv verdichtet. Eine gewerkschaftliche Forderung nach einer Corona Abgabe der Unternehmen konnte auch innerhalb der Gewerkschaften nicht stark genug gemacht werden. Man war beschäftigt mit Aushandlungen zu Kurzarbeitergeld und der Durchsetzung von Arbeitsschutzmaßnahmen. Die Tatsache, dass Asklepios die Kolleg:innen mitten in der Pandemie mit nicht zertifizierten Masken in die Kran-

kenzimmer schickte und dass die zuständige Behörde nicht reagierte, hätte mit einer Strafanzeige seitens der Gewerkschaften beantwortet werden müssen.

Gründe genug zu kämpfen!

Bereits vor Beginn des Krieges in der Ukraine wurden die Löhne von den stark steigenden Lebensmittelpreisen aufgefressen. Die Preissteigerungen lagen zwischen 7 und 15%. Im Zuge des Krieges zwischen Russland und der NATO, der auf ukrainischem Boden und zu Lasten der Menschen dort ausgetragen wird, haben sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung in der BRD weiter verschlechtert.

Energie- und Lebensmittelkonzerne nutzen die Krise, um sich zusätzliche Gewinne zu verschaffen, die Miete frisst einen großen Teil des Lohns auf und die Reallöhne sinken weiter. Mittlerweile sind mindestens 8% der Erwerbstätigen arm trotz Arbeit.

Vor diesem Hintergrund sind die Forderungen in der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst mehr als moderat. Auch eine Durchsetzung von 500 € Sockel + 10,5 % mehr Lohn hätte immer noch einen Reallohnverlust bedeutet. Viel wichtiger, als das unmittelbare Ergebnis dieses Kampfes, ist jedoch die Tatsache, dass sich wieder getraut wurde zu kämpfen. Statt einer ritualhaften Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder, war gleich zu Beginn der Tarifrunde klar: entweder die Kolleg:innen machen es zu ihrer eigenen Sache oder es ist nichts zu machen.

Weiter auf Seite 2

Heraus zum 1. Mai

1. Mai in Hamburg

Demo 11:00 Uhr,
U-Bahn Straßburger Straße
Kundgebung 12:00 Uhr,
Bert-Kaempfert-Platz in Barmbek
(Museum der Arbeit)

1. Mai in Bergedorf

Demo 10:00 Uhr,
Lohbrügger Markt, Bergedorf
Kundgebung 11:00 Uhr,
Rathauspark, Bergedorf

1. Mai in Harburg

Demo 10:00 Uhr, Harburger Rathausplatz
Kundgebung 11:00 Uhr,
Harburger Rathausplatz



Liebe Leserin, lieber Leser!

14,1 Millionen Menschen in Deutschland leben aktuell in Armut. Das sind rund 16,9% - Männer, Frauen Kinder - denen das Nötigste zum Leben fehlt. 840.000 mehr als vor der Corona-Pandemie. Fast doppelt so viele fühlen sich von Armut bedroht. Die Inflation frisst die Kaufkraft ihrer Einkommen auf.

Die großen Konzerne verbuchen Rekordgewinne. Das gilt auch für deren Eigentümer, also für die Menschen, die nicht von Lohnarbeit, sondern von der Anlage ihres Vermögens leben. 0,1 Prozent der Deutschen, das sind rund 80.000 Menschen, besitzen fast ein Viertel des Gesamtvermögens. Jeder von ihnen hat im Durchschnitt knapp 50 Millionen Euro, viele viel mehr.

Rund die Hälfte der Deutschen besitzt dagegen so gut wie nichts.

Das ist das Ergebnis der seit Jahrzehnten von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen - in welcher Konstellation auch immer - im Interesse des Monpolkapitals betriebenen Politik. Ob Krise oder nicht: Gewinner waren immer die großen Konzerne und ihre Eigentümer. Neu ist allerdings, dass auch große Teile des nichtmonopolistischen Bürgertums - Handwerker, Händler, Kleingewerbetreibende - bluten müssen. Leider haben sie noch nicht erkannt, dass es ihnen jetzt genauso ergeht wie der Arbeiterklasse.

Dagegen haben große Teile der Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften endlich erkannt, dass sie bei Rück-

sicht auf "das große Ganze" und Sozialpartnerschaft nur über den Tisch gezogen werden. Wer "einsichtig" ist in "die schwierige Lage", wird mit weiterem Reallohnverlust und entsprechenden Einschränkungen leben müssen. Wer in den Tarifauseinandersetzungen kämpft, kann zumindest seinen Lebensstandard halten. Kämpfen wir gemeinsam für die gerechten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen!.



Fortsetzung von Seite 1



Mit so genannten Delegiertenstreiks wurden die Teams in den Dienststellen und Behörden gestärkt. Gezielt wurden die Bereiche aufgesucht, in denen eine reale Streikmacht aufgebaut werden kann. Die Lotsenversetzer des ehemaligen Strom- und Hafengebührensamts, heute HPA, wurden über Nacht berühmt, als die Elbe gesperrt werden musste. Die Bestreikung des Elbtunnels konnte zwar durch ein skandalöses Landesarbeitsgerichtsurteil verhindert werden, aber auch das machte deutlich, dass eine gezielte Zusammenlegung von Arbeitskämpfen Wirkung zeigt. Der gemeinsame Streiktag mit der EVG stärkte das Miteinander.

Kämpfen kann nur, wer ein Bewusstsein der eigenen Stärke hat, gewinnen kann nur, wer sich organisiert und mit Herz und Verstand kämpft. So wie die Tarifrunden geführt wurden, sind die Kolleg:innen gewachsen und stärker geworden. Jetzt heißt es Weitermachen, sich nicht beirren lassen von den schlechten bis mittelmäßigen Ergebnissen. Diese Kämpfe sind der Boden, nicht nur für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse, sie sind auch der Boden für den Kampf um die Abschaffung des Lohnsystems selbst. Heraus zum 1. Mai für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg!

Advertisement for 'UZ unsere zeit' magazine. It features the magazine's logo, the text 'Sozialistische Wochenzeitung' and 'Zeitung der DKP', a central image of a red fist holding a newspaper, and several covers of the magazine. At the bottom, it says 'Radikal rot seit 1969' and 'unsere-zeit.de'.

Advertisement for 'Der UZ SHOP'. It features a grid of icons representing various items for sale: a skull, a dove, a fist, a hammer and sickle, and a portrait of Che Guevara. Below the grid, it lists items like 'T-Shirts', 'Kapuzenpullover', 'Fahnen', 'Bücher', 'Broschüren', 'Tassen', 'Aufkleber', 'CDs', 'DVDs', 'Turnbeutel', and 'Antiquariat und vieles mehr'. The website 'uzshop.de' is prominently displayed at the bottom.

Teurer wohnen fürs Klima?

Jetzt soll es also eine Abwrackprämie richten. Die Bundesregierung lobt eine Belohnung aus für alle, die sich von einer alten, klimaschädlichen Heizanlage trennen und dafür eine neue mit weniger CO₂-Ausstoß kaufen. Ein Auftragsboom für Industrie und Handwerk, ein Geschenk für Immobilienbesitzer, bezahlt von der Allgemeinheit. Bei der Sanierung alter Häuser, damit sie weniger Energie verschwenden, wird nach demselben Prinzip vorgegangen.

Es ist die erwartbare Antwort des Staats auf den Unmut, den die bekannt gewordenen Pläne hervorgerufen haben: Verbot neuer Gas- und Ölheizungen ab 2024? Sanierungspflicht? Eine neue Wärmepumpe, neue Heizkörper, neue Fassadendämmung, am besten noch neue Smarthome-Geräte - da kommen leicht sechsstelligen Summen zusammen, für jedes Haus einzeln. Der Schluss liegt nahe: Das wird teuer, für die einzelnen Hausbesitzer - und in der Folge auch für die Mieterinnen und Mieter. Denn natürlich werden solche Renovierungskosten auf die Miete umgelegt, auf die eine oder die andere Weise.

Noch schlimmer ist für die Arbeiterklasse nur die bisher schon eingeschlagene Politik, um unser Heizverhalten auf Klimakurs zu bringen: mit einer Extraabgabe auf Erdgas oder Heizöl, die von Jahr zu Jahr steigt und irgendwann vom Markt geregelt werden soll. Der Preis ergibt sich aus der vorgegebenen Menge CO₂, und wenn die Richtung Null sinkt, schießt der Preis nach oben. Wer dann noch eine Gas- oder Ölheizung hat, muss schon sehr reich sein, um nicht in einer kalten Wohnung zu sitzen.



Der besondere Haken an der Sache: Die steigenden Heizkosten treffen Mieterinnen und Mieter, die aber über den Kauf neuer oder sparsamer Heizanlagen gar nicht entscheiden dürfen und daher nicht viel mehr unternehmen können, als die Heizung herunterzudrehen. Daran ändert auch eine Vermieterbeteiligung nichts. Was ist jetzt unsozialer, verteuern oder verbieten? Die Frage erübrigt sich fast, denn der Staat macht beides. Es ist eine Politik der bewussten Verarmung im Namen des Klimas - für die einen.

Die anderen dürfen dauerhaft sparen und bekommen das gute Gefühl dazu, in Sachen Klima auf der richtigen Seite zu stehen. Man muss sich nur die Eintrittskarte leisten können.

Das ist Klassenkampf von oben, verschleiert mit dem Klimaargument. So wird der Eindruck erweckt, wir müssten einen schlechteren Lebensstandard in Kauf nehmen, damit Leben auf diesem Planeten dauerhaft möglich bleibt - eine unmögliche Wahl.

Dabei ginge es auch ganz anders: Wenn eben nicht jeder für sich allein die Kosten des Umbaus tragen müsste. Der Staat

könnte, wie beispielsweise in Dänemark seit langem, auf Fernwärme und Nahwärme in den Wohnvierteln setzen, für eine kollektive Versorgung der Bevölkerung. Dann wäre zentral eine umweltfreundliche Lösung zu finden, das Problem der richtigen Technik und der richtigen Fachleute zu klären, sehr wahrscheinlich würde es insgesamt Energie und Geld sparen. So würde man es machen, wenn öffentliche Daseinsvorsorge im Mittelpunkt stünde und nicht das heilige Privateigentum.

Du willst wissen was wir Kommunisten schreiben und sagen?

Abonniere uns!






unsere-zeit.de

Deutsche Kommunistische Partei

An der Leine des US-Imperiums?

Beobachtet man den Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Russland in der Ukraine, kann man den Eindruck bekommen, Deutschland würde sich den Interessen des größeren Verbündeten USA völlig unterwerfen. Und tatsächlich – die Sanktionen gegen Russland treffen vor allem Europa und insbesondere den Industriestandort Deutschland, der sehr stark von günstiger Energie abhängig ist, während sie den USA sogar in die Hände spielen, die ihren „Partnern“ als Ersatz für russisches Gas ihr eigenes, wesentlich teureres verkaufen können.

Auch militärisch scheinen die Verhältnisse auf den ersten Blick klar: Die USA als mit Abstand größte Militärmacht geben den Ton an, während die europäischen Staaten, allen voran Deutschland, nur mitziehen können.

Richtig ist, dass die BRD, als europäische Führungsmacht, seit 1945 ein enges Bündnis mit den USA eingegangen ist. Ex-US-Präsident Bush bezeichnete dieses Verhältnis 1989 als „partners in leadership“, Partner bei der Führung. Richtig ist auch, dass die USA dabei stets der tonangebende Partner waren, während Deutschland im Windschatten der USA seine eigene Machtbasis in Europa ausbauen konnte.



Dennoch sind es die Interessen deutscher Großkonzerne, denen wir Hartz-IV, die Rente mit 67 und im Verhältnis zur Produktivität sehr geringe Löhne verdanken. All diese Maßnahmen führten dazu, dass in Deutschland im europäischen Vergleich konkurrenzlos billig produziert werden kann und bilden die Grundlage für die deutsche „Exportwalze“. Für die USA wurden deutsche Exporte ein solches Problem, dass Ex-Präsident Trump einen Wirtschaftskrieg gegen Deutschland ausrief. Dieser wird auch unter dem aktuellen US-Präsidenten Biden weitergeführt, der mit dem „Inflation Reduction Act“ jüngst ein neues Programm zur Förderung der US-Industrie auflegte.

Auch im Ukraine Konflikt zeigten sich schon früh Risse im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Als 2014 die ukrainische Regierung durch einen Putsch entmachtet wurde, konnte sich der von Deutschland favorisierte Präsidentschaftskandidat Klitschko nicht durchsetzen. Er wurde „nur“ Bürgermeister von Kiew, während der von den USA unterstützte Kandidat die Wahlen gewann. Bei der aktuellen Diskussion um Waffenlieferungen setzte Bundeskanzler Scholz die USA zuletzt so unter Druck, dass sie entgegen ihrem erklärten Willen schließlich selbst Panzer an die Ukraine liefern mussten.

Diese Schlaglichter zeigen: Die Herrschenden in Deutschland verfolgen ihre eigenen Interessen. Wenn sie sich dem größeren Partner USA unterordnen, dann nur, weil sie davon ausgehen, ihre Interessen in deren Windschatten am besten durchsetzen zu können. Wirtschaftskrieg, Niedriglohn und Arbeitshetze sind jedoch niemals im Interesse der arbeitenden Menschen, sondern nur im Interesse des Großkapitals.

Als DKP richten wir unsere Forderungen in erster Linie gegen die deutschen Banken und Konzerne und ihre Vertreter im Bundestag, weil es sie sind, gegen die wir unser Interesse nach einem Leben in Frieden und ohne Armut durchsetzen müssen.





Foto© DKP Hamburg

Bei einer Kundgebung der DKP Bergedorf zum Gedenken an den vor 92 Jahren von SS-Männern ermordeten Genossen Ernst Henning hielt der Vorsitzende der DKP Hamburg, der Genosse Michael Götze, diese Rede. Wir drucken sie hier leicht gekürzt.

Liebe Freundinnen und Freunde, Antifaschistinnen und Antifaschisten, Genossinnen und Genossen,

wir gedenken heute des Genossen Ernst Henning, der vor 92 Jahren, in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1931 von drei SA-Männern feige ermordet wurde. Ernst Henning wurde 1892 in Magdeburg geboren, er war Wahlhamburger, Metallarbeiter, Antifaschist und Kommunist.

Ernst Henning war ein aufrechter Proletarier. Er arbeitete als Former in einer Eisengießerei. Dort vertrat er seine Kolleginnen und Kollegen als Betriebsratsvorsitzender - immer bemüht, das Gemeinsame vor die unterschiedlichen Ansichten zu stellen und zu gemeinsamen Aktionen zu kommen.

Für das Leben und die Freiheit!

in der Politik vertrat er die arbeitenden Menschen und ihre Interessen, aber auch die vom Großkapital und den Grundbesitzern bedrängten Kleinbürger zunächst in der Bürgervertretung Bergedorf, später in der Hamburgischen Bürgerschaft. Immer nah an den aktuellen Problemen der Menschen, konnte er ihnen als Vorsitzender der KPD Bergedorf auch eine Perspektive aufzeigen.

Und er war erfolgreich. Die Menschen sahen seine konkrete Arbeit und vertrauten ihm. Das zeigte sich auch bei den Wahlen. Die KPD gewann unter seiner Führung in Bergedorf immer mehr Stimmen dazu - selbst in den Vier- und Marschlanden. In dieser eher konservativen Region gewann er insbesondere unter den Landarbeitern und unter den armen Pächtern immer mehr Anhänger.

Das machte ihn bei den Faschisten besonders verhasst, die in diesen unter dem herrschenden System Leidenden ein Potential für ihre politische Scheinalternative sahen.

Es war also kein Zufall, dass es gerade Ernst Henning war, der ihrem Terror zum Opfer fiel. ...

Am 21. März 1931 versammelten sich anlässlich der Überführung seines Leichnams 35.000 Menschen bei der Leichenhalle im Stadtteil Winterhude und geleiteten den Sarg in einer Demonstration zum Krematorium auf dem Friedhof Ohlsdorf. Nach Hennings Einäscherung wurde seine Urne trotz Demonstrationsverbots von Tausenden zum Friedhof Bergedorf geleitet. Die Trauerrede hielt der Widerstandskämpfer Carl Boldt, der 1945 nach seiner Inhaftierung im KZ Neuengamme und der Lagerräumung auf der Cap Arcona starb.

An der Ermordung von Ernst Henning zeigt sich ganz konkret der Zusammenhang von Faschismus und Krieg. Ernst Thälmann warnte nach diesem Mord und vor der Wahl zum Reichspräsidenten 1932: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg.“ Mit dem von Deutschland entfachten II. Weltkrieg kam unermessliches Leid in die Welt. 55 Millionen Menschen starben. *Weiter Seite 6*





Foto© DKP Hamburg

An dieser Stelle möchte ich deshalb auch an die 652 sowjetischen Kriegsgefangenen erinnern, die im Zeitraum von Oktober 1941 bis Mai 1942 im KZ Neuengamme gestorben sind und nicht weit von hier auf diesem Friedhof ihre letzte Ruhe fanden. Erinnert sei auch an die immer noch nicht erfüllte Forderung, diesen Ort umzubenennen in „Sowjetischen Ehrenfriedhof“.

Der Widerstand gegen Kriegspolitik ist heute so notwendig wie damals!

Wir fordern heute für den Krieg in der Ukraine einen sofortigen Waffenstillstand und den Beginn von Friedensverhandlungen. So wie es Zehntausende in Berlin und über 740.000 als Unterzeichner*innen für das „Manifest für den Frieden“ auch tun.

Denn die Welt bewegt sich, wie es der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres zurecht erklärt hat, mit weit geöffneten Augen in einen größeren Krieg hinein. Sie ist dem seit Jahrzehnten höchsten Risiko eines Atomkriegs ausgesetzt, einer zufällig oder absichtlich herbeigeführten nuklearen Vernichtung.

Wir als DKP-Hamburg haben uns direkt nach Kriegsbeginn vor einem Jahr deutlich gegen den militärischen Angriff Russlands ausgesprochen. Ebenso wie vorher gegen den (Bürger-)krieg, den die Regierung der Ukraine seit 2014 gegen die Menschen im Donbass führt. In diesem Konflikt starben bisher über 14.000 Menschen. Wir verurteilen ebenso die Ausweitung dieses Konflikts zu einem Stellvertreterkrieg zwischen Russland und der NATO, indem immer mehr und immer schweren Waffen in die Ukraine geliefert werden. Dieser "Krieg bis zum letzten Ukrainer" kostet Hunderttausende das Leben und Millionen die Existenz.

Nicht nur die Menschen in der Ukraine leiden unter diesem Krieg. Die Sanktionen gegen Russland haben bei uns zu einer Preisexplosion geführt, die insbesondere die Menschen mit geringem Einkommen belasten. Weltweit können Millionen Menschen sich nicht mehr das Lebensnotwendige leisten. ...

Wir Kommunistinnen und Kommunisten fordern insbesondere:

- **Keine Waffenlieferungen an kriegführende Staaten, keine Rüstungsexporte über den Hamburger Hafen**
- **Unterstützung der diplomatischen Anstrengungen für Abrüstung und weltweite gemeinsame Sicherheit**
- **Stopp der Wirtschaftssanktionen, unter denen die Menschen hierzulande und in aller Welt leiden**
- **Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren aus aller Welt**
- **Beendigung der nuklearen Teilhabe Deutschlands und Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag**

Dafür haben wir auch auf dem Hamburger Ostermarsch, Ostermontag, demonstriert.

Wir haben dies im Sinne von Ernst Henning und auch im Gedenken an ihn getan: Als Kommunistinnen und Kommunisten mit allen SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen, Parteilosen, die den ehrlichen Wunsch nach Frieden und sozialer Gerechtigkeit mit sich tragen.

So wie es Ernst Hennig sagte: **„Kämpft ihr gemeinsam, gewinnt Ihr das Leben und die Freiheit!“ Für das Leben und die Freiheit!**



Foto© DKP Hamburg

Unterrichtsausfall, Schulbeschäftigte vor dem Burnout – aber die Bundeswehr hat 100 Milliarden extra

Die nächsten 20 Jahre an den Schulen werden hart“, so die niedersächsische Kultusministerin. Das ist als Drohung zu verstehen! Schon jetzt fehlen bundesweit 40.000 Lehrer:innen.

Eine Kommission der Kultusministerkonferenz hat Empfehlungen gegen den Lehrkräftemangel veröffentlicht. Sie laufen darauf hinaus, die Arbeitsbedingungen der Schulbeschäftigten noch weiter zu verschlechtern und die Qualität der Bildung noch weiter abzusenken. Die Maßnahmen (u.a. Verlängerung der Lebensarbeitszeit, Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung und Erhöhung der Klassengrößen) würden alle „on top“ kommen, also zusätzlich zu den Arbeitszeiten von 46 Stunden und mehr, zusätzlich zu den zahlreichen zusätzlichen Aufgaben, die den Schulbeschäftigten in den letzten Jahren ohne Entlastungen aufgebürdet wurden (Inklusion ohne Konzept, Integration geflüchteter Schüler:innen, massive soziale/mentale Verwerfungen und Lernrückstände nach Corona). Schon in den letzten Jahren hat sich die Zahl der langfristig erkrankten Schulbeschäftigten laut den offiziellen Zahlen stark erhöht: + 70% an den Grundschulen, + 75% an den Stadtteilschulen.

Welche Folgen hätten die Maßnahmen der Kommission für die Lage an den Schulen, für die Qualität des Unterrichts und für die Gesundheit der Schulbeschäftigten? Das lässt sich leicht ausrechnen. Sie werden verheerend sein. Unter die Räder kommen aber nicht nur die Schulbeschäftigten, sondern auch die Schülerinnen und Schüler und die Eltern. Es droht massiver Unterrichtsausfall und eine drastisch verschlechterte Förderung der einzelnen Schüler:innen.

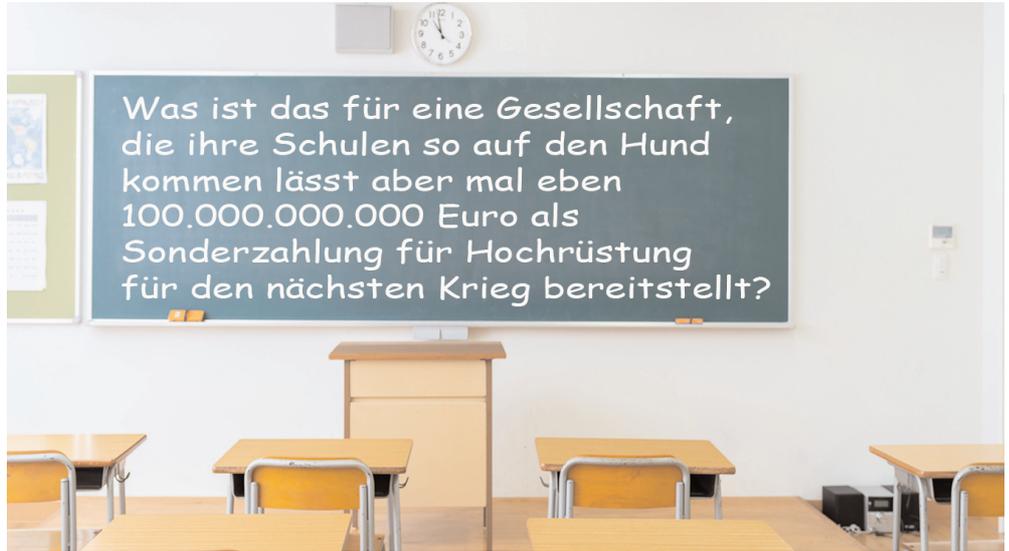


Foto / shutterstock-ojka

Wie reagiert die Hamburger Schulpolitik?
Immer wieder „Bla, bla, bla“!

Bisher hat die Schulbehörde bestritten, dass es überhaupt einen Lehrkräftemangel gebe. Nun wird zugestanden: Im Durchschnitt fehlen 0,76 Lehrkräfte pro Schule. Ein Durchschnittswert verschleiert aber mehr als er offenbart: Der Mangel zeigt sich nicht flächendeckend. Er tritt an Stadtteilschulen stärker zu Tage als an Gymnasien und in ärmeren Stadtteilen stärker als in reichen. Während also viele Gymnasien sogar einen Stellenüberhang haben, leiden Stadtteilschulen in Arbeiterstadtteilen in Randlagen schon heute dramatisch (z.B. STS Otto-Hahn in Jenfeld: 10 Stellen fehlen, STS Wilhelmsburg: 9 Stellen fehlen, STS Mümmelmannsberg: 19 Stellen fehlen!).

Schulbehörde: Tricksen, tarnen und täuschen.

Einerseits will die die Schulbehörde über das wahre Ausmaß des Lehrkräftemangels hinwegtäuschen. Gleichzeitig werden hinter den Kulissen drastische Maßnahmen vorbereitet, die Schulbeschäftigten weiter auszuquetschen – auf dem Rücken der Schüler:innen.

Geld für einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Bildungspolitik ist genug da! Es fließt nur in die falschen Taschen. Was ist das für eine Gesellschaft, die ihre Schulen so auf den Hund kommen lässt aber mal eben 100.000.000.000 Euro als Sonderzahlung für Hochrüstung für den nächsten Krieg bereitstellt?

Der Gestank von Fäkalien ist nichts gegen eine solche Politik!

Weitere aktuelle Beiträge
unter www.hamburg.dkp.de



Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei,
Bezirksvorstand Hamburg, Lindenallee 72, 20259 Hamburg,
Telefon (040) 480 49 00

hamburg.dkp.de oder www.dkp.de
✉ hamburg@dkp.de  [dkphamburg](https://www.facebook.com/dkphamburg)
V.i.S.d.P.: M. Götze, Lindenallee 72, 20259 Hamburg

